



Rechtsextremismus, eine anhaltende Gefahr für die Demokratie umfas- send bekämpfen



Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen. (Decker und Brähler, in: Vom Rand zur Mitte, Friedrich-Ebert-Stiftung, 2006)

Die sich noch im Verfassungsschutzbericht des Jahres 2010 findende Aussage über die Nichtexistenz einer rechtsterroristischen Gruppe hat sich in jeder Hinsicht als falsch erwiesen. Spätestens seit 2001 haben Verfassungsschutzbehörden gewusst, dass sich Personen mit neonazistischen Überzeugungen und entsprechenden politisch motivierten kriminellen Belastungen in den politischen Untergrund begeben haben, um sich der Strafverfolgung zu entziehen. Diese zur Begehung schwerster Straftaten bereiten und den Sicherheitsbehörden bekannten Personen sind von einem Netzwerk unterstützt worden. Es ist festzustellen, dass sich eine aktive rechtsterroristische Gruppierung in den vergangenen 10 Jahren manifestiert hat, ohne dass dies der Öffentlichkeit bis zum Herbst 2011 offenbar wurde.

Neben der neuen Qualität rechtsextremer Aktionsformen, die sich erst durch die Aufdeckung der rechtsterroristischen Zelle ergeben hat, muss gleichsam festgestellt werden, dass die Entwicklungen des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland von den Sicherheitsbehörden und vielen Nichtregierungsorganisationen seit Jahrzehnten intensiv beobachtet und ausgewertet werden. Bereits die Tatsache, dass seit 1990 auf den Ebenen des Bundes und der Länder 31 rechtsextremistische Organisationen verboten wurden, macht deutlich, dass weder die Exekutive mit ihren Sicherheitsbehörden noch die Parlamente „auf dem rechten Auge blind“ waren. Viele Vereine, Parteien und Gewerkschaften, so auch die GdP, haben über Jahre hinweg mit Argumentationen, Handlungsstrategien und aufklärenden Informationen ihren Beitrag zur Bekämpfung des Rechtsextremismus geleistet und werden ihre Arbeit durch gezielte Maßnahmen unter verstärkter Vernetzung mit großer Stetigkeit fortsetzen. Unser Schwerpunkt bleibt die Präventionsarbeit!

Den bereits gewonnenen tiefgreifenden Erkenntnissen über die aktuellen rechtsextremen Entwicklungen darf sich gleichwohl niemand entziehen. Vielmehr fordert die Gewerkschaft der Polizei, dass sich alle politischen Akteure fortwährend dem Lagebild Rechtsextremismus widmen und auf allen Ebenen die sich aufdrängenden Konsequenzen ziehen.

Verbot der NPD

Die NPD ist eine rechtsextreme verfassungsfeindliche Partei. Ob sie diese Verfassungsfeindlichkeit in einer Qualität zum Ausdruck bringt, die nach den strengen Maßstäben des Bundesverfassungsgerichts auch zu ihrem Verbot führte, bleibt in

der unbedingt notwendigen sicheren Einschätzung einem Vorprüfverfahren der deutschen Sicherheitsbehörden zunächst vorbehalten. Ein erneutes Scheitern eines zweiten NPD-Verbotsverfahren vor dem höchsten deutschen Gericht wäre fatal und muss in jedem Fall verhindert werden, deshalb muss ein Vorprüfverfahren mit aller Sorgfalt durchgeführt werden.

Zugleich darf sich die deutsche Öffentlichkeit nicht mit der Existenz der NPD und insbesondere auch nicht mit der Tatsache zufrieden geben, dass nicht nur die NPD, sondern auch andere verfassungsfeindliche Parteien mit Steuermitteln finanziert werden. Die GdP fordert daher, das staatliche Parteienfinanzierungssystem auf den Prüfstand zu stellen und eine gesetzliche Grundlage dafür zu schaffen, verfassungsfeindliche Parteien durch ein gerichtliches Verfahren von der Parteienfinanzierung, z.B. durch die Wahlkampfkostenrückerstattung, auszuschließen. Entsprechende Vorhaben im politischen Raum werden durch die GdP unterstützt.

Rechtsextreme Netzwerke bekämpfen - Strafverfolgung stärken

Die nun der deutschen Öffentlichkeit bekannt gewordenen Dimensionen des rechtsextremistischen Netzwerks, der rechtsextremen Gewaltbereitschaft und der Verwurzelung verfassungsfeindlicher Bestrebungen mit der allgemeinen Bevölkerung machen eine Stärkung der Strafverfolgung notwendig. Die GdP fordert seit langem, die Speicherung und Auswertung von Verkehrsdaten aus dem Bereich der elektronischen Kommunikation endlich so gesetzlich zu regeln, dass sie im Einklang mit der Verfassung der Polizei die Möglichkeit zur effektiven Strafverfolgung geben. Wer rechtsextreme Netzwerke tatsächlich bekämpfen will, muss der Polizei auch die Auswertung der Telekommunikation von Mitgliedern eines Netzwerkes unter Strafverfolgungsgesichtspunkten ermöglichen.

Die Gewerkschaft der Polizei hat die Einrichtung eines Gemeinsamen Abwehrzentrums gefordert und begrüßt deshalb die Errichtung dieses Lage- und Informationszentrums aller Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik.

Die Gewerkschaft der Polizei hat den Gesetzgeber aufgefordert, rasch eine gemeinsame Verbunddatei für rechtsextreme Gewalttäter zu verabschieden. Eine derartige Datei wird es erheblich erleichtern, in der rechtsextremen Szene zu ermitteln. Die Teilhabe an den Erkenntnissen anderer Sicherheitsbehörden verbreitert die Informationslage der Polizei, ohne dass das bewährte Trennungsgebot zwischen Polizei und Nachrichtendiensten angetastet wird. Die Praxistauglichkeit dieser zu schaffenden Verbunddatei muss regelmäßig überprüft werden.

Keine „braune Übermacht“ dulden – polizeiliche Präsenz in der Fläche stärken

Die sozial- und kriminalwissenschaftlichen Auswertungen belegen klar, was viele Mitbürgerinnen und Mitbürger auch selbst wahrnehmen. Nirgendwo sonst in der Bundesrepublik als in den fünf neuen Bundesländern hat sich die rechtsextreme und neonazistische Subkultur so stark etabliert. Wahlerfolge von NPD und DVU,

aber auch die zahlenmäßige Präsenz von sog. freien Kameradschaften und anderen geringgradig organisierten Rechtsextremisten prägen das politische aber auch alltägliche Bild im Osten Deutschlands mit.

Während die Affinität der Bevölkerung zu rechtsextremen Inhalten und Anschauungen mit der Größe der Städte und Kommunen abnimmt, muss erkannt werden, dass ländliche Strukturen auch wegen des häufig damit verbundenen Rückzugs demokratischer Akteure für eine rechtsextreme Subkultur besonders anfällig sind. Gerade in ländlichen und kleinstädtischen Bereichen droht in den Abend- und Nachtstunden die Übermacht an jungen Menschen mit rechtsextremen Überzeugungen. In einigen Gegenden ist diese Übermacht Realität. Wenn der Rechtsstaat sich aber gerade in diesen Situationen unbeeindruckt zeigen soll, muss er wachsam und einsetzbar sein. Auch wenn dieser Aspekt nur einer von vielen ist: Wenn die politischen Verantwortlichen die Polizei im ländlichen Bereich personell immer weiter ausdünnen, weil die Kriminalstatistik vermeintliche Sicherheit suggeriert, dann bereiten sie den Boden für eine rechtsextreme Subkultur, die sich in manchen Bereichen als Herrschaftsmacht selbst wahrnimmt. Die Polizei muss jederzeit personell und materiell so stark sein, dass sie aus dem Stand jeder gewaltbereiten Person oder Menschenmenge jedweder politischer Couleur angemessen begegnen kann. Die Polizei will keine „braune Übermacht“ wegen Personalmangels erdulden müssen. Eine wirksame Strafverfolgung ist auch davon abhängig, dass die Polizei vor Ort präsent ist und über hinreichend Personal verfügt, um zeitnah und mit entsprechendem Druck ermitteln zu können.

Gegen rechtsextreme Demonstrationen legal demonstrieren

Rechtsextreme Demonstrationen, Aufzüge und Parteitage werden in Deutschland nicht widerspruchlos hingenommen. Sie stellen für zehntausende Menschen einen wichtigen Anlass dar, für Solidarität, Demokratie und Freiheit auf die Straße zu gehen. In den vergangenen Jahren hat sich jedoch gezeigt, dass sich rund um rechtsextreme Demonstrationen ein Spannungsfeld aufgebaut hat, in dem die Polizei als neutrale Sicherheitsbehörde die Rechte von Demonstranten jeder politischen Ausrichtung zu wahren hat und dafür angefeindet wird. Die Gerichte bekräftigen als Bewahrer der grundgesetzlich geschützten Demonstrationenfreiheit, dass auch politisch rechts orientierte Bürgerinnen und Bürger ordnungsgemäß angemeldete Demonstrationen durchführen können müssen. Der Polizei wird durch die Gerichte aufgegeben, diese Aufzüge auch gegen Blockaden durchzusetzen.

Die Gewerkschaft der Polizei tritt für ein umfassendes und Minderheiten schützendes Demonstrationsrecht ein. Illegale Demonstrations-Blockaden, die zu allem Überfluss auch noch unter Zuhilfenahme von polizeilicher Gewalt aufgelöst werden müssen, schaden der zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzung mehr als sie nützen. Keine illegale Blockade und die damit leider immer wieder verbundene Randalen konnten in den letzten Jahren dazu beitragen, den Zulauf in die rechts-

extreme Szene in Deutschland zu minimieren. Illegale Aktionen gegen rechtsgerichtete Demonstrationen schaden auch deshalb, weil sie zu einer Radikalisierung und Mobilisierung der politisch extremen Ränder der Gesellschaft beitragen.

Die GdP steht für Deeskalation und die Sicherung der demokratischen Rechte aller Bürgerinnen und Bürger. Sie tritt deshalb dafür ein, dass der zivilgesellschaftliche Protest gegen neonazistische und rechtsextremistische Demonstrationen unüberhörbar, umfassend und legal in den vom Versammlungsrecht zulässigen Formen wahrgenommen wird. Wir appellieren deshalb an unsere Schwestergewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund und alle darin gebundenen Gliederungen, sich nicht an illegalen Aktionen gegen „rechte Demonstrationen“ zu beteiligen oder zu solchen aufzurufen, weil wir es nicht akzeptieren werden, dass Gewerkschafter in Uniform gegen Gewerkschafter in Aktion vorgehen müssen.

Die Demokratie stärken – Wege aus dem Rechtsextremismus vorhalten

Die Forschung über den Rechtsextremismus ist breit angelegt und hält viele Erkenntnisse bereit, die offenkundig nur selten genutzt werden. Als Gewerkschafter wissen wir, je moderner der Arbeitsplatz, desto geringer die Verbreitung von rechtsextremistischen Einstellungen, je prekärer das Beschäftigungsverhältnis, desto größer die Anfälligkeit für Rechtsextremismus, auch im gewerkschaftlichen Lager. Auch deshalb setzen wir uns für einen Mindestlohn und gegen Lohndumping ein!

Es ist eine Tatsache, dass große politische Unzufriedenheit und Demokratieverdrossenheit die Hinwendung zum Rechtsextremismus erheblich begünstigen. Die Gesellschaft muss zur Kenntnis nehmen, dass insbesondere in den Elternhäusern, in denen die letzten 20 gesamtdeutschen Jahre als verlorene Zeit betrachtet werden, in denen Demokratie und Politik eine sehr negative und zynische Bewertung erfahren und in denen autoritäre Strukturen im familiären, aber auch im politischen Bereich bevorzugt werden, auch die nachfolgenden Generationen besonders anfällig für eine rechtsextreme Grundüberzeugung sind.

Deshalb setzt sich die Gewerkschaft der Polizei mit großem Nachdruck dafür ein, dass bereits im frühen schulischen Bereich eine demokratische Bildung Platz greift. Die Schule darf nicht weiter unpolitischer Ort bleiben; in der Schule müssen demokratische Grundwerte, aber auch Wissen über unsere Gesellschaft und unsere Institutionen vermittelt werden. Der verbreiteten Staatsferne muss vehement entgegen gewirkt werden, ohne in blinden Staatsglauben zu verfallen.

Zugleich muss unsere Gesellschaft deutlich größere Anstrengungen unternehmen, um rechtsextrem überzeugte (junge) Menschen zurückzugewinnen. Zwar hat die Bundesregierung schon vor 10 Jahren ein Exit-Programm aufgelegt, aber dieses Programm ersetzt nicht die Bereitschaft der Zivilgesellschaft, Menschen mit rechtsextremer Gesinnung der Weg zurück in die demokratische Gemeinschaft zu

ermöglichen. Auch wenn der Umgang mit rechtsextrem gesonnenen Menschen schwierig ist, ist aber eine gesellschaftliche Strategie, die ausschließlich auf Ausgrenzung und Abschottung selbst gegenüber denjenigen, die sich von Rechtsextremismus losgesagt haben, nicht richtig. Studien zur De-Radikalisierung des Bundeskriminalamts geben wichtige Hinweise, wie eine Gesellschaft auch Menschen mit gewaltbereiten, radikalen und undemokratischen Grundüberzeugungen integrieren kann. 10.000 gewaltbereite Rechtsextremisten mit steigender Tendenz in Deutschland sind für die Gewerkschaft der Polizei Anlass genug, für eine kritisch Überprüfung der bisherigen Wege im Kampf gegen den Rechtsextremismus zu werben.

Kurz gefasst – 10 Forderungen der GdP:

1. Ein zweites NPD-Verbotsverfahren muss nach sorgfältiger Vorprüfung beantragt werden, wenn es sichere Aussicht auf Erfolg hat.
2. Das staatliche Parteienfinanzierungssystem muss auf den Prüfstand gestellt werden, um ggf. zu erreichen, dass rechtsextreme Parteien von der Parteienfinanzierung durch Gerichtsbeschluss ausgeschlossen werden.
3. Rechtsextreme Straftaten sind konsequent zu verfolgen. Die dafür notwendigen polizeilichen Ermittlungsstrukturen sind zu stärken.
4. Die GdP begrüßt die Einrichtung eines gemeinsamen Abwehrzentrums 'Rechtsextremismus' und fordert die schnellstmögliche Schaffung einer Verbunddatei über rechtsextreme Gewalttäter. Die Praxistauglichkeit der Verbunddatei muss stetig kontrolliert werden.
5. Die Gesellschaft darf keine „braune Übermacht“ dulden. Deshalb ist die polizeiliche Präsenz auch in den Flächenstaaten zu stärken.
6. Gegen rechtsextreme Aufmärsche muss legal, unüberhörbar und vernetzt demonstriert werden. Rechtswidrige Blockaden lehnt die GdP ab.
7. Desintegration, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und soziale Ängste sind ein Nährboden für Rechtsextremismus. Auch deshalb setzt sich die GdP für einen gesetzlichen Mindestlohn und gegen Lohndumping ein.
8. Große politische Unzufriedenheit und Demokratieverdrossenheit begünstigen die Entstehung von Rechtsextremismus. Gegen autoritäre Politikansätze setzen wir Toleranz und Solidarität.
9. Die Schule darf kein zunehmend unpolitischer Ort sein. Wir wollen, dass im schulischen Bereich die demokratische Bildung verstärkt wird.
10. Rechtsextrem überzeugte (junge) Menschen müssen zurückgewonnen werden. Der Umgang mit rechtsextrem überzeugten Menschen ist schwierig, aber wir brauchen mehr Anstrengungen, um auch diese Personen in die Gesellschaft zu integrieren, wenn sie sich vom Rechtsextremismus losgesagt haben.